



An die
Landkreise
in Sachsen-Anhalt

Pflege

Az.: 423-50, 425-00/kö

Tel.: 0391/56531-30

struckmeier@landkreistag-st.de

13. Juni 2019

Rundschreiben Nr. 317/2019

Abschlussbericht der „Konzertierten Aktion Pflege“

Bezug: Unser Rundschreiben Nr. 378/2018 vom 24. Juli 2018

Kurzfassung:

Um mehr Menschen zu gewinnen, Pflegeberufe zu ergreifen, haben die Bundesminister für Gesundheit, für Senioren und für Soziales die „Konzertierte Aktion Pflege“ angestoßen. Der Deutsche Landkreistag ist Partner der Aktion. Der in fünf Arbeitsgruppen erarbeitete Abschlussbericht enthält eine Vielzahl von Maßnahmen, wie die Arbeits- und Ausbildungsbedingungen für Pflegekräfte verbessert werden sollen. Mit Blick auf die Entlohnung hält der Bericht fest, dass höhere Löhne in der Pflege eine Verbesserung und Dynamisierung der Pflegesachleistung erfordern. Eine neuerliche Belastung der Pflegebedürftigen und der Hilfe zur Pflege muss ausgeschlossen werden.

Die Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, den Arbeitsalltag und die Arbeitsbedingungen von beruflich Pflegenden (Fachkräfte und Hilfskräfte) spürbar zu verbessern, sie zu entlasten und die Ausbildung in der Pflege zu stärken. Hierfür starteten Bundesgesundheitsminister Jens Spahn, Bundesfamilienministerin Dr. Franziska Giffey und Bundesarbeitsminister Hubertus Heil im August 2018 die „Konzertierte Aktion Pflege“.

Der Deutsche Landkreistag (DLT) vertrat die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände in dem Dachgremium der Konzertierten Aktion Pflege. Die kommunalen Spitzenverbände waren darüber hinaus in mehreren der fünf Arbeitsgruppen vertreten, die sich mit folgenden Themen befasst haben:

- AG 1 „Ausbildung und Qualifizierung“
- AG 2 „Personalmanagement, Arbeitsschutz und Gesundheitsförderung“
- AG 3 „Innovative Versorgungsansätze und Digitalisierung“

Albrechtstr. 7
39104 Magdeburg

Tel. (0391) 56 53 1 - 0
Fax (0391) 56 53 1 - 90

verband@landkreistag-st.de
<http://www.kommunales-st.de>

Stadtsparkasse Magdeburg
IBAN: DE98 8105 3272 0037 0030 87
BIC: NOLADE21MDG

- AG 4 „Pflegekräfte aus dem Ausland“
- AG 5 „Entlohnungsbedingungen in der Pflege“

Nach elfmonatigen Diskussionen hat die Konzentrierte Aktion Pflege am 4. Juni 2019 den als **Anlage 1** beigefügten 182-seitigen Abschlussbericht mit den Vereinbarungen der fünf Arbeitsgruppen veröffentlicht.

Im Handlungsfeld „Entlohnungsbedingungen in der Pflege“ hat der Abschlussbericht mehrere Anlagen u. a. ein Faktenpapier mit Statistiken und weiteren Darstellungen über die Größe und Zusammensetzung der Branche, die Beschäftigungssituation, die Leistungsbezieher et cetera mit Stand vom 24. Mai 2019 (**Anlage 2**), zwei Übersichten über die Bruttostundenentgelte in (kollektivrechtlichen) Vereinbarungen in der Altenpflege mit Stand vom 11. Februar 2019 (**Anlage 3a** und **3b**) sowie die Ergebnisse eines Forschungsvorhabens des IGES-Instituts „Quantifizierung der finanziellen Auswirkungen flächendeckender Tarife in der Altenpflege“ vom März 2019 (**Anlage 4**).

Die maßgeblichen Verabredungen betreffen folgende Punkte:

- Steigerung der Ausbildungszahlen,
- erleichterte Gewinnung von Pflegefachkräften aus dem Ausland,
- verbesserte und am Bedarf ausgerichtete Personalausstattung in Pflegeeinrichtungen und Krankenhäusern,
- höhere Löhne für beruflich Pflegende,
- mehr Gesundheitsförderung, mehr Entlastung durch Digitalisierung,
- Ausweitung des Verantwortungsbereichs von Pflegefachkräften.

Die als **Anlage 5** beigefügte Presseinformation der Bundesregierung vom 4. Juni 2019 „Gemeinsam für Pflege - KAP legt Ergebnisse vor“ fasst die maßgeblichen Inhalte auf drei Seiten zusammen.

Aus kommunaler Sicht sind folgende Punkte hervorzuheben:

- Bei den „Entlohnungsbedingungen“ hat der DLT deutlich gemacht, dass verbesserte Löhne auch verbesserte Pflegesachleistungen erfordern. Andernfalls würden nach dem heutigen System des SGB XI Verbesserungen bei den Löhnen zulasten der Pflegebedürftigen und im Falle von deren Bedürftigkeit zulasten der Sozialhilfe gehen.

Das genannte IGES-Gutachten zu den finanziellen Auswirkungen flächendeckender Tarife in der Altenpflege bereitet verschiedene Szenarien auf. Legt man das höchste Tarifszenario, das Niveau des TVöD, zugrunde, wird ein finanzieller Mehrbedarf zwischen 4,6 und 5,2 Mrd. Euro veranschlagt. Beim niedrigsten Tarifszenario, das sich an kirchenarbeitsrechtlichen Regelungen orientiert, beläuft sich der zusätzliche Finanzbedarf auf 1,4 bis 1,6 Mrd. Euro.

Der Abschlussbericht hebt dem Petikum des DLT folgend an mehreren Stellen den Konsens hervor, dass die Pflegebedürftigen und ihre Familien vor einer Überforderung bei den Eigenanteilen in der Pflege zu schützen sind. Dies bekräftigt auch die beigefügte Presseinformation der Bundesregierung, ohne dass allerdings bereits gesagt wird, wie dies konkret erreicht werden soll.

Da die beruflich Pflegenden im Fokus standen, sind die Landkreise nur in einzelnen weiteren Bereichen betroffen:

- Im Handlungsfeld „Hilfen bei der Haushaltsführung stärken“ ist beispielsweise vorgesehen, dass Kommunen prüfen, inwieweit sie die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen im Rahmen kommunaler Beratungsstellen unterstützen können, vor Ort Leistungsanbieter zu finden, die die von den Pflegebedürftigen nachgefragten Leistungen tatsächlich erbringen können.
- Im Handlungsfeld „Gewinnung ausländischer Pflegefachpersonen“ ist beispielsweise vorgesehen, dass die kommunalen Spitzenverbände gemeinsam mit Arbeitgebern, Gewerkschaften, Trägerverbänden, der Bundesagentur für Arbeit und weiteren Akteuren einen Werkzeugkasten für Maßnahmen zur fachlichen, betrieblichen und sozialen Integration von Pflegefachpersonen aus dem Ausland entwickeln.
- Im Handlungsfeld „Beruflich Pflegende (zurück-)gewinnen und halten“ ist beispielsweise vorgesehen, dass Kommunen nach Möglichkeit Pflegekräfte bei der Suche nach arbeitsplatznahe bezahlbaren Wohnraum unterstützen. Dies betrifft vorrangig Kommunen mit kommunalen Wohnungsgesellschaften. Daneben sollen Möglichkeiten geprüft werden, den ÖPNV so anzupassen, dass Mitarbeiter im Schichtdienst ihren Arbeitsplatz möglichst auch an Wochenenden erreichen können. Dort, wo auf kommunaler Ebene keine Lösung möglich ist, sollen Pflegeeinrichtungen und Krankenhäuser geeignete Maßnahmen prüfen, um ihre Mitarbeiter besonders in ländlichen Regionen den Weg zur und von der Arbeit zu erleichtern. Schließlich sollen die Kommunen Möglichkeiten für den Aus- und Aufbau von Kindertagesbetreuung auch für Mitarbeiter im Schichtdienst und während der Ferienzeiten prüfen.

Wir werden über den Fortgang und insbesondere die gesetzgeberische Umsetzung unterrichten.



Theel

Anlagen